Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Stellungnahme zum Wiener Budgetvoranschlagsentwurf 2027



Betreff: Nachhaltige Haushaltskonsolidierung durch Strukturreformen – Zielpfad Wien 2035

Reinhard Fellner

Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Das Institut für angewandte politische Ökonomie (IAPÖ) ersucht, die nachstehenden Überlegungen bei der Beratung des Voranschlags 2027 zu berücksichtigen. Die Stellungnahme verfolgt das Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit Wiens langfristig zu sichern und gleichzeitig die Qualität öffentlicher Kernleistungen sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu stärken.

1. Finanzpolitische Ausgangslage

Kennzahl	Voranschlag / Planung
Einzahlungen 2027	20,780 Mrd. EUR
Auszahlungen 2027	22,241 Mrd. EUR
Finanzierungssaldo 2027	rund −1,462 Mrd. EUR
Finanzierungssaldo 2026 (Voranschlag)	−2,620 Mrd. EUR
Schuldenstand 2027 / 2030	18,4 / 20,24 Mrd. EUR
Zinsausgaben 2030 (Plan)	rund 630 Mio. EUR

Die geplante Verringerung der Finanzierungslücke um rund 44 Prozent ist anzuerkennen. Ein Vergleich von Voranschlägen belegt jedoch noch keine tatsächlich erzielten Einsparungen. Die Finanzierungslücke entspricht weiterhin rund sieben Prozent der Einzahlungen. Die erwartete Abweichung von der Stabilitätspakt-Zielvorgabe von rund 500 Mio. EUR ist gesondert anhand der maßgeblichen Maastricht-Abgrenzung zu beurteilen.

Das IAPÖ hält eine bloße Verlangsamung des Schuldenanstiegs für unzureichend. Erforderlich ist ein nachvollziehbarer Pfad zu dauerhaft tragfähigen Stadtfinanzen.

2. Mittelfristiger Finanzrahmen und IAPÖ-Zielpfad

Jahr	Offizieller Saldo / IAPÖ-Ziel (Mrd. EUR)
2027	−1,462 / −1,462
2028	−1,161 / −0,950
2029	−0,775 / −0,600
2030	−0,793 / −0,300
2031	−0,651 / 0,000
2032	−0,476 / +0,150
2033	– / +0,250
2034	– / +0,400
2035	– / +0,500

Die kumulierte Finanzierungslücke 2027–2032 beträgt nach dieser Planung rund 5,32 Mrd. EUR. Sie ist nicht mit der Veränderung des Finanzschuldenstandes gleichzusetzen. Die geplante Deckung der laufenden operativen Ausgaben durch laufende Einnahmen ist positiv zu bewerten; sie ersetzt jedoch keine langfristige Finanzierung der Investitionen.

Das IAPÖ schlägt als politisches Ziel einen ausgeglichenen Finanzierungshaushalt ab 2031 und einen Überschuss von 500 Mio. EUR im Jahr 2035 vor. Der Zielpfad ist ein illustratives Szenario, keine Prognose. Konjunktur, Investitionsbedarf und Zinsentwicklung sind bei der jährlichen Fortschreibung zu berücksichtigen.

3. Prioritäten der Strukturreform

Verwaltung: Aufgabenkritik, Abbau von Doppelstrukturen, Digitalisierung, Personalplanung über natürliche Fluktuation und messbare Leistungsziele.

Gesundheit und Pflege: Effizientere Spitalsorganisation, ambulante Versorgung, gemeinsame Beschaffung und bessere Abstimmung mit Sozialversicherung und Bund.

Soziales und Arbeitsmarkt: Rechtskonforme Anspruchsprüfung, Erwerbsintegration, Missbrauchsprävention sowie transparente Erfassung der fiskalischen Kosten und Beiträge von Migration.

Förderungen und Beteiligungen: Wirkungsprüfung, Vermeidung von Mehrfachförderungen, transparente Haftungen und konzerninterne Verrechnungen.

Wirtschaftsstandort: Schnellere Genehmigungen, Investitionssicherheit, Forschung und produktive Arbeitsplätze.

4. Quantitative Reformziele

Reformbereich	Jährliches Bruttopotenzial (Mio. EUR)
Verwaltung und Digitalisierung	250–400
Gesundheit und Pflege	200–350
Soziales und Erwerbsintegration	150–250
Förderungsreform	100–180
Beteiligungsreform	100–200
Beschaffung	80–150
Wachstumsbedingte Mehreinnahmen	150–300
Summe	1.030–1.830

Diese Beträge sind unvalidierte Zielgrößen aus der IAPÖ-Erstanalyse, keine nachgewiesenen Einsparungen. Überschneidungen, bereits budgetierte Maßnahmen, Umsetzungskosten und zusätzliche Investitionen sind abzuziehen. Wachstumsbedingte Mehreinnahmen sind nur im tatsächlich Wien zufließenden Umfang anzusetzen.

5. Ersuchen an den Gemeinderat

Ein ressortübergreifendes Strukturreformprogramm mit jährlichen Netto-Konsolidierungszielen vorzulegen.
Für jede Maßnahme Ausgangswert, Zuständigkeit, Frist, Umsetzungskosten und messbare Wirkung auszuweisen.
Eine unabhängige Prüfung der Einsparpotenziale und eine regelmäßige öffentliche Fortschrittskontrolle einzurichten.
Einen Finanzrahmen bis 2035 einschließlich Zins- und Schuldenszenarien, Investitionsbedarf und Maastricht-Saldo zu veröffentlichen.

Bildung, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur und Forschung durch Qualitäts- und Leistungsindikatoren abzusichern.
Das IAPÖ ersucht um sachliche Prüfung dieser Vorschläge und steht für einen fachlichen Austausch zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

IAPÖ

Anhang

IAPÖ-Budgetanalyse 2027 – Wien

Weniger Neuverschuldung ist noch keine nachhaltige Budgetsanierung

Die Wiener SPÖ-NEOS-Stadtregierung präsentiert eine deutliche Reduktion des Budgetdefizits als Konsolidierungserfolg. Bei näherer volkswirtschaftlicher Betrachtung stellt sich jedoch die Frage, ob Wien tatsächlich seine strukturellen Probleme löst oder lediglich den weiteren Schuldenanstieg verlangsamt.

Ausgehend vom verlinkten Exxpress-Artikel vom 24. November 2026 habe ich auch die offiziellen Budgetzahlen der Stadt Wien und insbesondere die mittelfristige Finanzplanung bis 2032 herangezogen. Gerade diese zeigt, dass Wien noch weit von einem ausgeglichenen Finanzierungshaushalt entfernt ist. exxpress.atwien.gv.atwien.gv.at

1. Die finanzpolitische Ausgangslage

Budgetvolumen 2027

22,24 Mrd. €

Geplantes Defizit 2027

−1,46 Mrd. €

Schuldenstand 2027 laut Plan

18,4 Mrd. €

Prognostizierter Schuldenstand 2030

20,24 Mrd. €

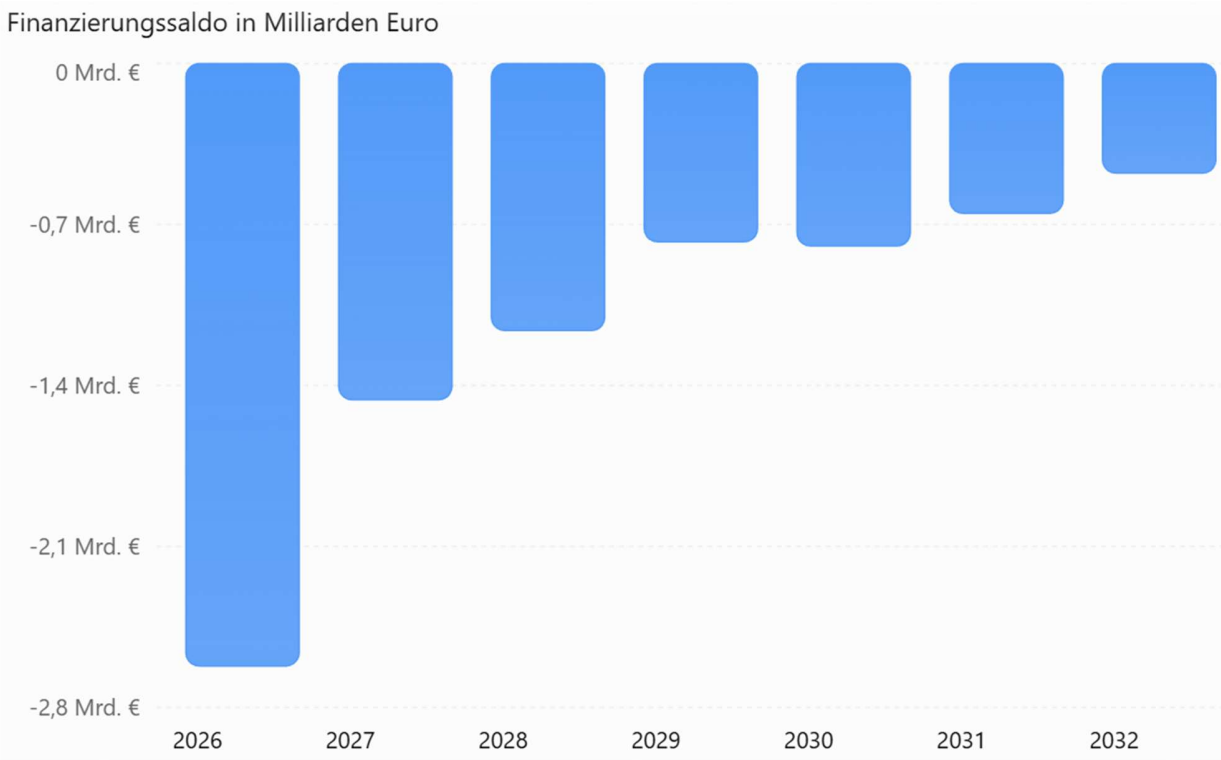
Kennzahl	Budget 2027
Einzahlungen	20,780 Mrd. €
Auszahlungen	22,241 Mrd. €
Finanzierungssaldo	−1,462 Mrd. €
Defizit 2026 laut Voranschlag	−2,620 Mrd. €
Geplante Defizitreduktion	44,2 %
Finanzierungslücke gemessen an den Einzahlungen	7,0 %
Gesamtinvestitionen einschließlich städtischer Unternehmen	3,670 Mrd. €
Abweichung von der Stabilitätspakt-Zielvorgabe	ca. 500 Mio. €

Quellen: Stadt Wien, Budgetvoranschlag 2027, ORF und Exxpress; eigene Prozentberechnungen. wien.gv.atwien.orf.atwien.gv.at

Die Reduktion des geplanten Defizits um rund 44 Prozent ist grundsätzlich anzuerkennen. Allerdings handelt es sich um einen Vergleich zweier Voranschläge und noch nicht um tatsächlich realisierte Einsparungen.

2. Wien plant weiterhin jahrelange Neuverschuldung

Offizieller Wiener Budgetpfad 2026–2032



Kumulierte Finanzierungslücke 2027–2032

5,32 Milliarden Euro

Eigene Berechnung auf Grundlage des offiziellen Finanzrahmens. Die Finanzierungslücke ist nicht automatisch mit der Veränderung des Finanzschuldenstandes gleichzusetzen. wien.gv.at

Selbst 2032 rechnet die Wiener Stadtregierung noch mit einer Finanzierungslücke von rund 476 Millionen Euro. Der offiziell veröffentlichte Finanzrahmen beinhaltet somit bis 2032 kein einziges Jahr mit einem ausgeglichenen Finanzierungshaushalt.

Positiv ist allerdings, dass laut Stadt Wien die laufenden Einnahmen wieder die laufenden Ausgaben des operativen Haushalts decken sollen. Auch soll der vorgesehene Stabilitätspfad spätestens 2029 eingehalten werden. Das ist ein Fortschritt, ersetzt aber keine umfassende Prüfung der langfristigen Tragfähigkeit der Stadtfinanzen.

3. Die Zinsfalle – immer weniger Geld für die Bevölkerung

Die Stadt Wien erwartet für 2030 jährliche Zinsausgaben von rund **630 Millionen Euro**. Gegenüber früheren Prognosen ist das eine Verbesserung, absolut betrachtet bleibt die Belastung jedoch erheblich. wien.gv.at

Prognostizierte Zinsbelastung Wiens 2030

629,7 Mio. € jährlich

Pro Monat

52,48 Mio. €

Pro Tag

1,73 Mio. €

Pro Stunde

71.884 €

Pro Einwohner und Jahr*

307 €

*Rechnerisch bei angenommenen 2,05 Millionen Einwohnern; keine individuelle Abgabe.

Diese Mittel stehen weder für Bildung noch für Gesundheitsversorgung, Pflege, Infrastruktur oder eine Entlastung der Bevölkerung zur Verfügung.

Die langfristige Reduktion der Zinsbelastung muss daher ein strategisches Ziel der Wiener Finanzpolitik werden.

4. Die Ausgabenstruktur Wiens

Auszahlungen nach Geschäftsgruppen 2027

In Milliarden Euro

*Verkürzte Ressortbezeichnungen. Quelle: Stadt Wien. wien.gv.at

Die drei größten Geschäftsgruppen beanspruchen zusammen rund 17,71 Milliarden Euro und damit knapp 80 Prozent des gesamten Budgetvolumens.

Eine ernsthafte Strukturreform muss deshalb insbesondere in diesen Bereichen ansetzen. Symbolische Einsparungen bei politischen Bezügen und Parteienförderungen reichen nicht aus.

Die von der Stadtregierung angeführten Maßnahmen bei Politikerbezügen, Parteienförderung und internationaler politischer Bildungsarbeit bringen zusammen rund zwei Millionen Euro – lediglich rund 0,14 Prozent des geplanten Defizits.

5. Strukturelle Reformpotenziale aus Sicht des IAPÖ

A. Verwaltungsreform und Produktivitätsoffensive

Die Wiener Verwaltung benötigt eine konsequente betriebswirtschaftliche und organisatorische Neuausrichtung:

- Zusammenlegung administrativer Parallelstrukturen.
- Aufgaben- und Prozessanalyse sämtlicher Magistratsabteilungen.
- Personalstandsreduktion durch natürliche Fluktuation und Digitalisierung.
- Überprüfung ausgelagerter Gesellschaften und Fonds.
- Einführung einer Balanced Scorecard mit messbaren Leistungs- und Produktivitätszielen.
- Stärkung interner Kontrollsysteme und der Korruptionsprävention.

Entscheidend ist nicht allein die Anzahl der Beschäftigten, sondern das Verhältnis zwischen eingesetzten öffentlichen Mitteln und erbrachter Leistung.

B. Reform des Gesundheits- und Pflegesystems

Die gemeinsame Geschäftsgruppe für Gesundheit, Soziales und Sport ist mit 7,26 Milliarden Euro der größte Ausgabenbereich.

Ansatzpunkte sind eine effizientere Spitalsorganisation, gemeinsame Beschaffungsstrukturen, der Ausbau ambulanter Versorgung, eine bessere Abstimmung zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern sowie die Reduktion administrativer Kosten.

Ziel muss eine höhere Versorgungsqualität bei effizienterem Mitteleinsatz sein – nicht eine pauschale Reduktion medizinischer Leistungen.

C. Sozialausgaben, Migration und Arbeitsmarkt

Wien benötigt eine transparente Gesamtkostenrechnung über die finanziellen Auswirkungen von Migration, Integration und Arbeitslosigkeit.

Dabei müssen direkte und indirekte Kosten ebenso wie geleistete Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und wirtschaftliche Wertschöpfung berücksichtigt werden.

Das IAPÖ tritt für eine stärkere Erwerbsintegration, konsequente gesetzeskonforme Anspruchsprüfungen, die Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch und eine verstärkte Aktivierung arbeitsfähiger Leistungsbezieher ein.

D. Förderungs- und NGO-Reform

Sämtliche Förderungen müssen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Mehrfachförderungen durch Bund, Land und Gemeinde sind zu vermeiden.

Öffentliche Förderungen dürfen nicht allein aufgrund historisch gewachsener Strukturen fortgeführt werden. Sie benötigen klar definierte Zielsetzungen und überprüfbare Ergebnisse.

E. Reform der städtischen Beteiligungen

Die zahlreichen Beteiligungen und ausgelagerten Unternehmen sind einer systematischen strategischen Überprüfung zu unterziehen.

Zu untersuchen sind insbesondere die Wirtschaftlichkeit, die Managementstrukturen, konzerninterne Verrechnungen, Haftungen, Kapitalbedarf und Synergiepotenziale.

Gewinnausschüttungen städtischer Unternehmen dürfen nicht zulasten notwendiger Investitionen oder langfristig höherer Energie- und Infrastrukturpreise maximiert werden.

F. Wirtschaftsstandort und Steuerbasis stärken

Eine nachhaltige Budgetsanierung kann nicht ausschließlich durch Ausgabenkürzungen erfolgen.

Wien muss wieder verstärkt als Industrie-, Technologie-, Forschungs- und internationaler Unternehmensstandort positioniert werden.

Private Investitionen, produktive Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum schaffen langfristig eine breitere Einnahmenbasis. Voraussetzung dafür sind Planungssicherheit, schnellere Genehmigungsverfahren und wettbewerbsfähige Standortkosten.

6. IAPÖ-Reformmodell: Einsparungs- und Wachstumspotenziale

In Anlehnung an die bisherige IAPÖ-Produktivitätsoffensive Österreich 2035 könnte auch für Wien ein entsprechendes Reformprogramm entwickelt werden.

Die nachstehenden Beträge sind vorgeschlagene jährliche Zielgrößen nach vollständiger Umsetzung, keine bereits nachgewiesenen Einsparungen.

Reformbereich	Jährliches Zielpotenzial
Verwaltungs- und Digitalisierungsreform	250–400 Mio. €
Gesundheits- und Pflegereform	200–350 Mio. €
Sozialreform und Erwerbsintegration	150–250 Mio. €
Förderungsreform	100–180 Mio. €
Beteiligungs- und Strukturreform	100–200 Mio. €
Zentralisierung des Beschaffungswesens	80–150 Mio. €
Wachstumsbedingte Mehreinnahmen	150–300 Mio. €
Gesamtes Bruttopotenzial	**1.030–1.830 Mio. €**

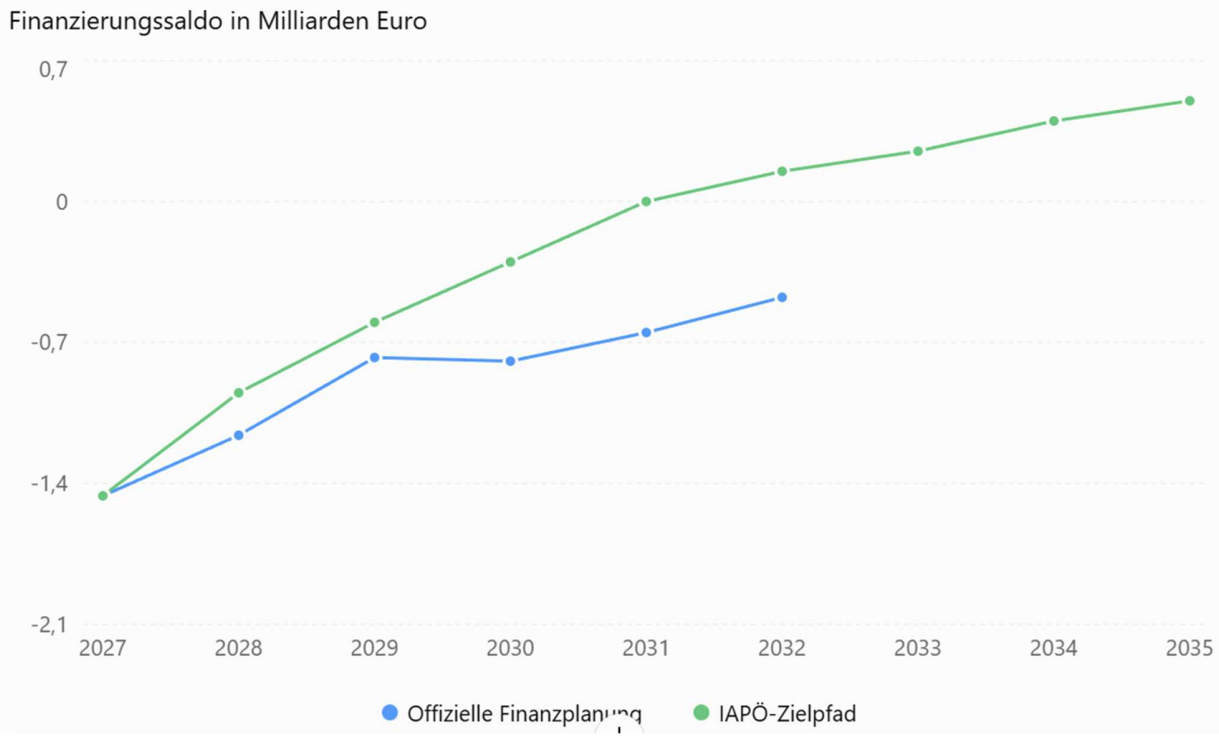
Von diesen Beträgen sind Reformkosten, zusätzliche Zukunftsinvestitionen und mögliche Überschneidungen abzuziehen. Eine detaillierte Prüfung müsste zudem jene Maßnahmen herausrechnen, die bereits im Wiener Budgetpfad berücksichtigt sind.

7. IAPÖ-Budgetstrategie Wien 2035

Ein alternatives Zielmodell sollte nicht nur die Neuverschuldung reduzieren, sondern schrittweise einen nachhaltigen Budgetüberschuss zur Schuldentilgung ermöglichen.

IAPÖ-Zielszenario: Vom Defizit zum Budgetüberschuss

Finanzierungssaldo in Milliarden Euro



Illustrativer IAPÖ-Zielpfad, keine volkswirtschaftlich validierte Prognose. Offizielle Vergleichsdaten bis 2032.

Vorgeschlagenes Nulldefizitziel

2031

Budgetüberschuss als Ziel 2035

500 Mio. €

Ein solcher Reformpfad erfordert politische Entschlossenheit, verbindliche jährliche Produktivitätsziele sowie eine unabhängige Kontrolle der tatsächlichen Reformfortschritte.

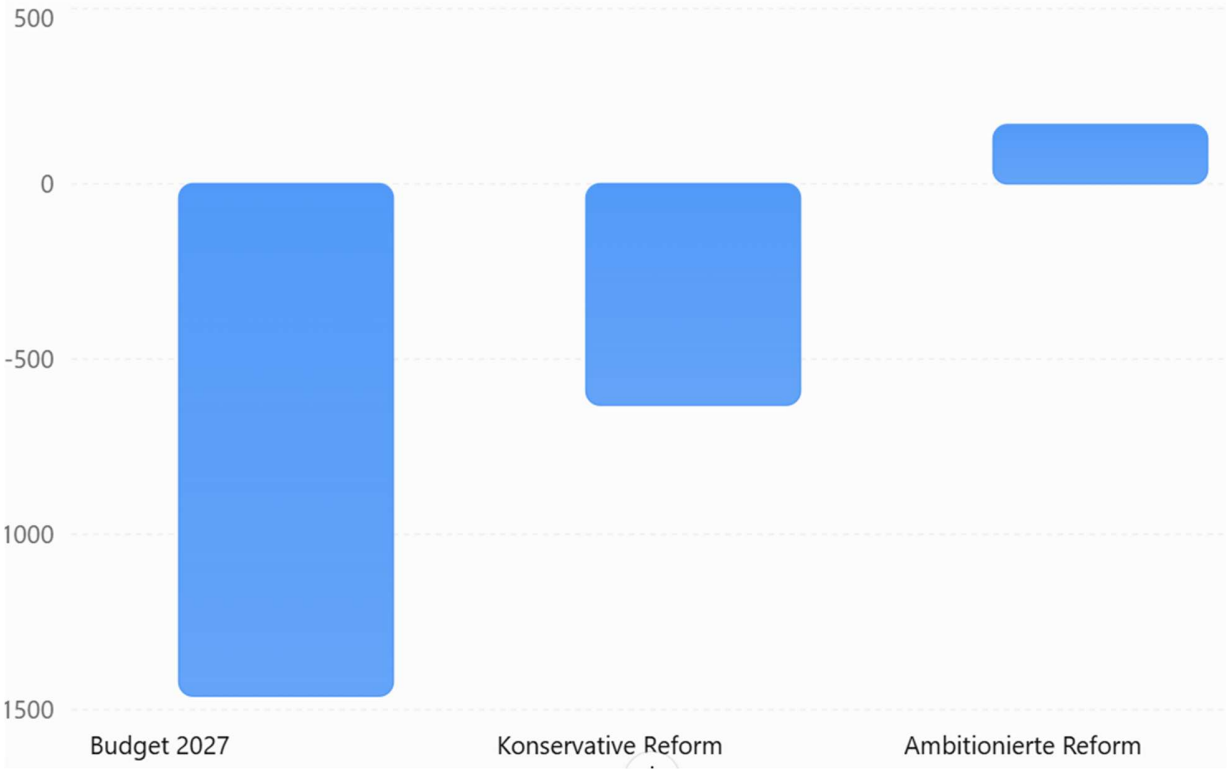
8. Interaktives IAPÖ-Budgetmodell für Wien 2027–2035

Der Reformsimulator soll zeigen, mit welchen zusätzlichen Strukturreformen Wien einen ausgeglichenen Finanzierungshaushalt erreichen könnte.

Reformbereich	Untergrenze	Obergrenze
Verwaltungs- und Digitalisierungsreform	250 Mio. €	400 Mio. €
Gesundheits- und Pflegereform	200 Mio. €	350 Mio. €
Sozialreform und Erwerbsintegration	150 Mio. €	250 Mio. €
Förderungs- und NGO-Reform	100 Mio. €	180 Mio. €
Beteiligungs- und Strukturreform	100 Mio. €	200 Mio. €
Zentralisierung des Beschaffungswesens	80 Mio. €	150 Mio. €
Wachstumsbedingte Mehreinnahmen	150 Mio. €	300 Mio. €
Bruttoreformpotenzial	**1.030 Mio. €**	**1.830 Mio. €**

Simulation der Budgetentwicklung

Kennzahl	Konservatives Szenario	Ambitioniertes Szenario
Ausgangsdefizit 2027	−1.461,5 Mio. €	−1.461,5 Mio. €
Bruttoreformwirkung	+1.030 Mio. €	+1.830 Mio. €
Reformkosten und zusätzliche Investitionen*	−200 Mio. €	−200 Mio. €
Nettoreformwirkung	+830 Mio. €	+1.630 Mio. €
Resultierender Budgetsaldo	**−631,5 Mio. €**	**+168,5 Mio. €**



Strategische Zielsetzung des IAPÖ

- **2031:** Erreichung des Nulldefizits.
- **2032:** Beginn der Nettoschuldentilgung.
- **2035:** Jährlicher Budgetüberschuss von 500 Millionen Euro als Zielgröße.
- Nachhaltige Reduktion der Zinsbelastung.
- Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit Wiens.

Methodischer Hinweis: Die Reformpotenziale sind hypothetische Zielgrößen. Die Reformkosten von 200 Millionen Euro habe ich als illustrative Modellannahme ergänzt. Überschneidungen mit bereits budgetierten Einsparungen müssen ausgeschlossen werden.

9. IAPÖ-Fazit

Wien braucht eine Strukturreform und nicht lediglich eine Verlangsamung der Neuverschuldung.

Die SPÖ-NEOS-Stadtregierung muss sich insbesondere daran messen lassen, ob sie die Produktivität der Verwaltung erhöht, öffentliche Leistungen effizienter organisiert und gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Standortes verbessert.

Eine erfolgreiche Budgetpolitik darf nicht darin bestehen, einer wachsenden Schuldenlast lediglich eine noch schlechtere frühere Prognose gegenüberzustellen.

Der wirtschaftspolitische Ansatz des IAPÖ lautet:

Nicht immer mehr Geld für bestehende Strukturen, sondern bessere Strukturen für das vorhandene Geld.

Wien benötigt ein verbindliches Reformprogramm mit klaren Verantwortlichkeiten, jährlichen Produktivitätszielen, transparenten Finanzkennzahlen und einem konkreten Pfad zum Nulldefizit.

In Übereinstimmung mit der IAPÖ-Strategie Österreich 2035 muss der Staat seine Kernaufgaben effizient erfüllen, private Wertschöpfung ermöglichen und die finanzielle Handlungsfähigkeit kommender Generationen sicherstellen.

Weniger Bürokratie. Mehr Produktivität. Mehr Wohlstand. Mehr Zukunft.

IAPÖ – Institut für angewandte politische Ökonomie

Quellen und weiteres Vorgehen

- Exxpress: Wien 2027 mit großem Haushaltsminus
- Offizielle Budgetpräsentation der Stadt Wien 2027
- Vollständiger Wiener Budgetvoranschlagsentwurf 2027 – PDF
- ORF: Budget sieht 2027 Minus von 1,46 Milliarden Euro vor